

Bewegung für eine neue APO!

Es ist das Verdienst der globalisierungskritischen Bewegung und der Aktionen gegen Hartz IV, dass in der BRD wieder eine Kapitalismuskritik laut wird. Der SPD-Vorsitzende Müntefering greift die Kritik in Worten auf, um sie in Richtung Managerkritik und Hedge-fonds-bashing abzubiegen. Die Taten von Hartz IV bis zu den Kriegseinsätzen im Ausland belegen die Unglaubwürdigkeit der SPD-Grünen Bundesregierung. Eine wirkliche Kapitalismuskritik fängt da an, wo die der Sozialdemokratie aufhört.

Welche Antwort auf die neoliberale Offensive?

Die Linke ist sich weitgehend einig, welche Sofortforderungen sie der Offensive des Kapitals entgegenstellt. Fast alle linken Parteien und Organisationen setzen sich für die Verkürzung der Arbeitszeit auf 30 Wochenstunden und Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns bzw. -einkommens von 10 Euro in der Stunde ein. Neue Konzepte und alternative Lösungen zum Abbau der Erwerbslosigkeit erfordern nach unserer Ansicht aber auch weitergehende Forderungen, die die Verfügungsmacht der 300.000 KapitaleignerInnen über die Betriebe in Frage stellen wie z.B. das *Verbot von Entlassungen*, die *Enteignung von profitablen Betrieben*, die *Arbeitsplätze abbauen* und eine *Verkürzung der Arbeitszeit* ohne Einkommensverlust *bis alle Arbeit haben*. Die EmpfängerInnen von Hartz IV sollen alle Einkommen- und Vermögensverhältnisse offenbaren. Wir unterstützen dagegen die Forderung einiger Anti-Hartz IV-Initiativen nach Offenlegung der Firmenkonten und Geschäftsbücher.

Der Rückgang der Ak-
IV und die Agenda
sozialen Bewe-
Organisa-
gesell-

tionen gegen Hartz
2010 schwächte alle
gungen. Die einzige
tion, die heute die
schaftlichen Kräftever-

hältnisse ändern, antikapitalistische Forderungen durchsetzen könnte, wären die Gewerkschaften. Aber die Gewerkschaftsbürokratie, schwer angeschlagen durch den verlorenen Metallstreik in Ostdeutschland, durch Mitgliederverluste und VW-Affaire wird nicht von selbst einer neoliberalen Regierung den Kampf ansagen. Vor allem dann nicht, wenn aus den Bundestagswahlen eine Koalition CDU/CSU-SPD hervorgehen sollte. Um so wichtiger ist es, in den Gewerkschaften eine Linke aufzubauen, die offen die sozialpartnerschaftliche Führung herausfordert, und von außerhalb noch mehr Druck auf die Gewerkschaften auszuüben, als das bei Hartz IV der Fall war.

Oskar Lafontaine und das Menschenrecht auf Einwanderung

In einer Vorankündigung zum *Sozialforum* in Erfurt heißt es: „Der Abbau des Sozialstaats drängt zahlreiche Menschen in Armut. Dabei werden zunehmend Rechte in Frage gestellt, die bislang geschützt waren. Auch das Recht der Menschen zu wandern wird immer stärkeren Restriktionen unterworfen. Wie lässt sich der Kampf um Rechte und gesicherte Teilhabe erfolgreich führen?“. Zum Beispiel, indem mensch sich mit einem der bekanntesten Populisten der BRD auseinandersetzt – mit dem Spitzenkandidaten des Linksbündnisses und der Linkspartei, Oskar Lafontaine. Er äußerte Mitte



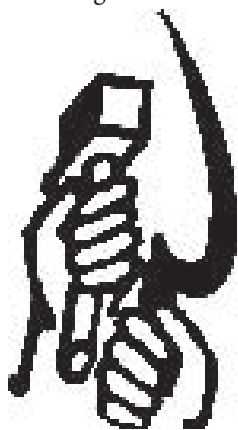
Juni auf einer Demonstration gegen Hartz IV in Chemnitz: „Der Staat ist verpflichtet zu verhindern, dass Familienväter und Frauen arbeitslos werden, weil Fremdarbeiter ihnen zu Billiglöhnen die Arbeitsplätze wegnehmen“ (FR 17.6.2005). In seiner Rede auf dem Landesparteitag der Wahlalternative NRW am 18.6.2005 in Köln korrigierte sich Lafontaine: „Zu meinem Begriff des ‚Fremdarbeiters‘. Ich sehe Fremde eher im Sinne der griechischen Sprache. Dort heißt Fremder auch Freund und Gast. Ich will diesen Begriff in keinem Zusammenhang mit den Nationalsozialisten verstanden wissen“ (homepage WASG NRW). Mit dieser „Korrektur“ würde nun die nach Oskar Lafontaine richtige Aussage lauten: „Der Staat ist verpflichtet zu verhindern, dass Familienväter und Frauen arbeitslos werden, weil *Freunde und Gäste* ihnen zu Billiglöhnen die Arbeitsplätze wegnehmen“. Der „verbesserte“ Spruch ist nicht weniger rassistisch als der vorher verwendete Begriff „Fremdarbeiter“. Von den bürgerlichen PolitikerInnen und Medien wird fast nur Lafontaines Wortwahl kritisiert, nicht aber der Inhalt seiner Aussage. Bereits früher hatte sich Lafontaine gegen die Einwanderung von Russlanddeutschen ausgesprochen oder für Auffanglager für Asylsuchende in Nordafrika. Und dieser Populist ist mit standing ovations auf dem Landesparteitag der Wahlalternative NRW zum Spitzenkandidaten gekürt worden. Wir dagegen fordern: *Nein zur Festung Europa! Gleiche Rechte für alle!*

Nur außerparlamentarische Opposition bricht die Offensive des Kapitals!

Das Positive am *Sozialforum* in Erfurt ist, dass es tausende AktivistInnen zusammenführt. Es ist in jedem Fall fruchtbar, über Globalisierung und die Rolle Deutschlands in der Welt, über eine lebenswerte Welt oder die EU-Verfassung zu diskutieren. Die Frage ist nur: Wohin sollen die Diskussionen führen? Der Kampf um eine gerechtere Welt wird nicht in Seminaren, Workshops und Parlamenten, sondern auf der Straße und in den Betrieben entschieden. Es gilt von gemeinsamen Diskussionen zu gemeinsamen Aktionen zu kommen:


- Dazu gehören nach unsrer Ansicht: bundesweite gemeinsame Aktionen gegen 1-Euro-Jobs, weil sich sonst noch mehr Armut ausbreiten wird und die Löhne insgesamt nach unten gedrückt werden;
- Gemeinsame Demonstrationen für ein menschenwürdiges Einkommen und für eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung in großen Schritten ohne Einkommensverlust;
- Aktionen gegen Unternehmen, die Massenentlassungen vornehmen wollen.

Eine Kapitalismuskritik ist nur dann politisch konsequent, wenn auch umrissen wird, was die Alternative sein kann und sein soll. Ohne eine wirkliche sozialistische Perspektive – auch im Gegensatz zur Kommandowirtschaft des so genannten real existierenden Kapitalismus – wird der Kampf um eine menschenwürdige Zukunft über Abwehrkämpfe nicht hinauskommen.



RSB

Revolutionär Sozialistischer Bund/IV.Internationale



Mit einem Probeabao der Avanti, bekommst Du mehr, als nur ein bisschen Kapitalismuskritik.



Die marxistische Monatszeitung

Jetzt kostenloses Probeabo anfordern!
3 Ausgaben. Keine automatische Verlängerung.

www.rsb4.de/avanti
avanti@rsb4.de
Landzungenstr. 8, 68159 Mannheim

Was ist los im Betrieb, in der Gewerkschaft und auf der Straße? Berichte dazu, Analysen und noch mehr liest Du in der Avanti! Im Zentrum der Avanti steht die weltweite Abwehr gegen die Angriffe des Kapitals und seiner Regierungen.

Wer wir sind:

Der *Revolutionär Sozialistische Bund* (RSB) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert der RSB alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Er unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Er setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Er fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel des RSB ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen.

Ich möchte:

- └ das Infopaket des RSB bestellen.
- └ den RSB in meiner Nähe kennenlernen.
- └ mich an Aktivitäten des RSB beteiligen.
- └ die monatliche Zeitung des RSB beziehen.

Name _____

Adresse _____

eMail _____

Bitte ausschneiden und senden an:
**RSB Bundesbüro, Landzungenstr. 8,
68159 Mannheim**
oder elektronisch:
buero@rsb4.de, www.rsb4.de